

Zum Hintergrund der gegenwärtigen Krise

Helmut Dunkhase

vorgetragen am 30. November 2013 im MEZ Berlin

Charakter der Krise

Viele meinen - und Lucas Zeise etwa tut das ja auch - dass die gegenwärtige Krise nichts anderes sei als eine normale Überproduktionskrise, nur eben in einem größeren Ausmaß.

In „Antworten der DKP in der Krise“ und gleich lautend im Entwurf zum Wahlprogramm der DKP für die Europa-Wahl heißt es immerhin: „Die Krise zeigt sich als besonders heftige zyklische Überproduktionskrise und findet ihren Ausdruck in Wirtschaft, Politik, Kultur – in allen Bereichen der bürgerlichen Gesellschaft. Als chronische Überakkumulationskrise hat sie zu einer Verschiebung von Kapital zu Gunsten der Finanzwirtschaft und zu einem deutlichen Ausbau ihrer Internationalisierung geführt.“

Das ist nicht falsch, aber in verschiedener Hinsicht nicht hinreichend: Wenn es „nur“ um eine, wenn auch besonders heftige Überproduktionskrise handelt, müsste ja mal irgendwann, nach der reinigenden Entwertung von Kapital das Business as usual kommen. Davon ist nach sechs Jahren noch nichts zu sehen. Chronische Überakkumulation ist auch richtig. Doch warum? Von der Beantwortung hängen die Einschätzung der weiteren Perspektiven und daraus zu ziehenden Strategien ab.

Was wir jetzt beobachten können und was in den genannten Texten als Überakkumulationskrise beschrieben wird, ist ein Problem, das sich in einer Jahrzehnte langen Entwicklung aufgestaut hat, dessen Ursache letztlich in einem ökonomischen Gesetz liegt, von dem Marx sagte, dass es „in jeder Beziehung das wichtigste Gesetz der modernen politischen Ökonomie“ (MEW 42, 641) sei: das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate (GTFPR).

Es geht also um das Verhalten der Profitrate $r=m/(c+v)$ im Verlauf des Akkumulationsprozesses des Kapitals in unserer Epoche.

Machen wir ein einfaches Experiment:

Unser Akkumulationsprozess beginne mit den Anfangsbedingungen $c=300$ und $v=100$ (d. h. organische Zusammensetzung $c/v= 3$), und vorausgesetzt werde:

eine konstante Ausbeutungsrate m/v von 100 %,

eine Akkumulationsrate von 100 % (der gesamte Profit wird reinvestiert),

ein (z. B. jährliches) konstantes Wachstum der Arbeiterpopulation von $v=5$ %.

Das Ergebnis wird so aussehen:

c	v	m	r
300.00	100.00	100.00	0.250
395.00	105.00	105.00	0.210
494.75	110.25	110.25	0.182
599.49	115.76	115.76	0.162

Nach 58 Umschlägen:

30590.88	1694.25	1694.25	0.0524
32200.43	1778.97	1778.97	0.0523
33890.45	1867.91	1867.91	0.0522

Die organische Zusammensetzung ist bei ungefähr 18 angekommen und die Profitrate sinkt von anfänglich 25 % auf praktisch 5%.

Die graphische Darstellung dazu zeigt Abb. 1.

Die Entwicklung der Profitrate bei einer Wachstumsrate der Arbeiterpopulation von 3 % (bei sonst gleichen Bedingungen) zeigt Abb. 2 (rote Kurve).

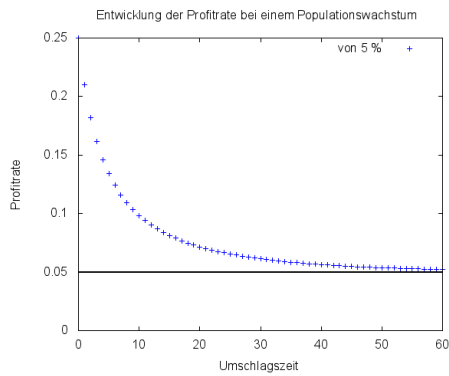


Abb.1

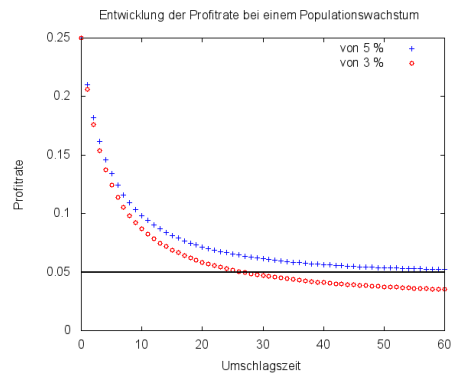


Abb.2

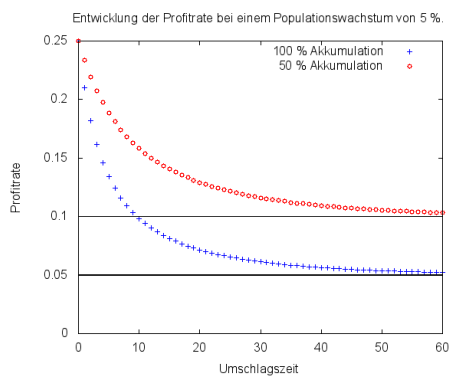


Abb.3

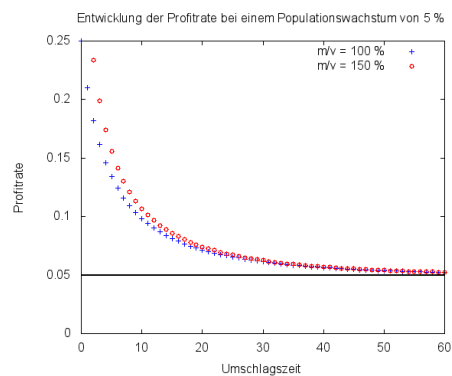


Abb.4

Die Profitrate pendelt sich jeweils auf einen Wert ein, der dem Wachstum der Arbeiterpopulation entspricht. Wird bei einem Populationswachstum von 5 % die Akkumulationsrate halbiert (bei sonst gleichen Bedingungen), ist der Wert, auf den die Profitraten sich einpendeln, mit 10 % doppelt so hoch wie bei einer Akkumulationsrate von 100 % (Abb.3). Eine Erhöhung der Mehrwertrate von 100 % auf 150 % Mehrwertrate verändert nicht den Wert, auf den die Profitraten letztlich zustreben (Abb. 4).

Wenn sich die Profitraten auf einen Wert einpendeln, der sich nicht mehr verändert, heißt das, dass Profit und eingesetztes Kapital proportional zunehmen. Man spricht deshalb von einer Gleichgewichtsprofitrate. Der Ausgangswert der Profitraten (hier 25 %) spielt für die langfristige Entwicklung keine Rolle. Sie werden von der Gleichgewichtsprofitrate „angezogen“. Man spricht deshalb von der Gleichgewichtsprofitrate auch als von einem Attraktor.

Halten wir fest:

- Die Profitraten pendeln sich auf einen Wert ein, in dem sich Profit und das eingesetzte Kapital proportional entwickeln (Gleichgewichtsprofitrate).
- Entscheidend für die Entwicklung der Profitrate ist das Verhältnis von Arbeiterbevölkerungswachstum zur Investitionsrate.
- Die Ausbeutungsrate hat keinen langfristigen Einfluss auf die Entwicklung der Profitraten.
- Eine Folgerung aus der Rolle des Wachstums der Arbeiterpopulation ist: Bei stagnierender Bevölkerungsentwicklung tendieren die Profitraten gegen Null.

Nun ist die Wirklichkeit gewiss komplexer als sie hier modelliert wurde. Doch auch in einem angemesseneren Modell spielen Populationswachstum und Investitionsrate eine entscheidende Rolle. Hier wird die Gleichgewichtsrate zu:

$$r^* = \frac{n + \pi + \alpha}{i}$$

mit n : Bevölkerungswachstum, π : Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität, α : Rate des physischen Verschleißes (Abschreibungsrate), i : Investitionsrate. n , π und α wirken dem Fall der Profitrate entgegen, während wachsendes i ihn beschleunigt.

Diskussion der Formel:

- Profitrate steigt mit steigendem Wachstum der Arbeiterbevölkerung. Das hat Konsequenzen für die Entwicklung der Industrieländer, da dort das Wachstum zurückgeht bzw. stagniert. Bei abnehmender Bevölkerung und wenn die Rate der technischen Entwicklung stagniert, wird die Profitrate abfallen.
- Profitrate steigt mit technischem Fortschritt, weil die (Wieder-)Herstellung des konstanten Kapitals dann weniger Verausgabung an Arbeitszeit erfordert und somit der Kapitalstock billiger wird.
- Wir sehen auch hier, dass die Ausbeutungsrate keinen langfristigen Einfluss hat (sie kommt in der Formel gar nicht vor).

- Rasche Akkumulation (bei geringem oder stagnierendem Bevölkerungszuwachs) senkt die Profitrate. D. h. auf lange Sicht zeigt sich hier der Antagonismus zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und Produktivkraftentwicklung. Auf lange Sicht ist die Profitrate höher, wenn der Profit unproduktiv konsumiert wird.

Diese empirisch überprüfbare These hat ihre Prüfung anhand vieler Länder bisher gut bestanden. Ich komme gleich darauf zurück.

Marx hat die Schranke, die durch die Arbeiterbevölkerung gesetzt ist, in MEW 25, 15. Kapitel, III thematisiert. Dort beschäftigt er sich, wie die Überschrift sagt, mit der Situation, in der Überfluss an Kapital bei Überfluss an Bevölkerung herrscht - eine Situation, die wir heute bei uns vorfinden. Die Überakkumulation von Kapital ist noch keine absolute. Eine absolute Überakkumulation läge vor, „sobald ... das Kapital gewachsen wäre in einem Verhältnis zur Arbeiterbevölkerung, daß weder die absolute Arbeitszeit, die diese Bevölkerung liefert, ausgedehnt, noch die relative Mehrarbeitszeit erweitert werden könnte (das letztere wäre ohnehin nicht tubar in einem Fall, wo die Nachfrage nach Arbeit so stark, also Tendenz zum Steigen der Löhne); wo also das gewachsene Kapital nur ebensoviel oder selbst weniger Mehrwertmasse produziert als vor seinem Wachstum.“ Dies muss, so Marx weiter, zu einem Fall der Profitrate führen, die jetzt nicht der durch die Produktivkraftentwicklung verursachten höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals geschuldet ist, sondern der gesunkenen Mehrwertrate.

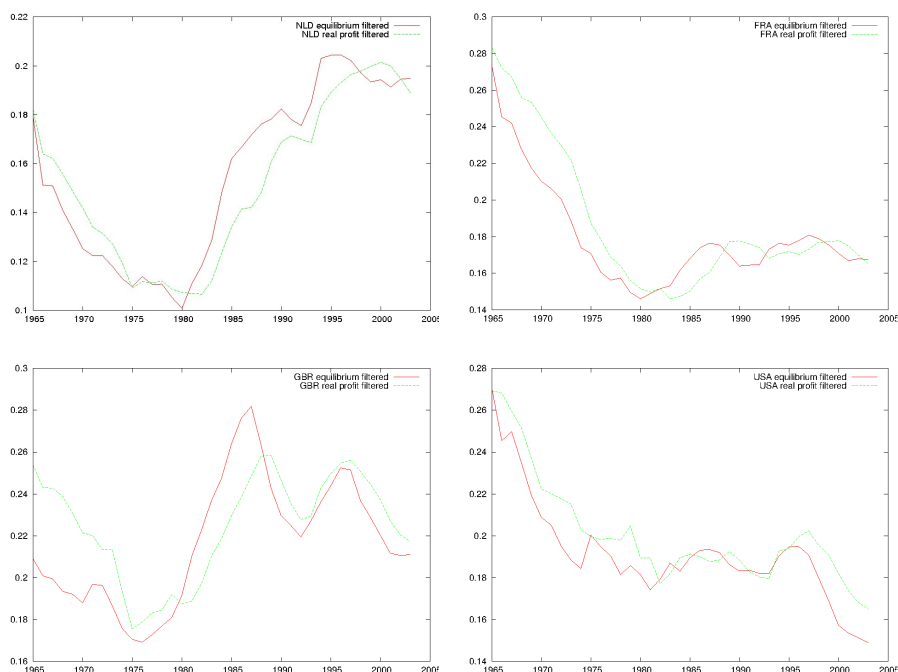
Betrachten wir vor diesem Hintergrund die Nachkriegsentwicklung in der BRD. Wir können hier zunächst, nach den Verwüstungen des 2. Weltkrieges, eine 30jährige von gravierenden äußeren Einflüssen freie kapitalistische Entwicklung beobachten: Hohes Wachstum der arbeitenden Bevölkerung bei hohen Akkumulationsraten. Eine hohe Akkumulationsrate impliziert eine hohe Investitionsrate, die die Profitrate senkt, wenn nicht durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität oder stärkeres Wachstum der Bevölkerung ein Gegengewicht entsteht. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität blieb von 1960 an (wo es schon relativ hoch war) in der Tendenz konstant; das Potenzial an ausbeutbaren Arbeitskräften wurde allmählich absorbiert. Die Gewerkschaften waren dadurch in einer starken Position und konnten vergleichsweise hohe Löhne durchsetzen. Auf Grund des oben angegebenen Zusammenhangs begannen die Profitraten zu sinken. Wäre die BRD ein abgeschlossenes ökonomisches System, wären die Profitraten so tief gesunken, dass die Kapitalisten keine Lust mehr gehabt zu investieren und unser Land wäre dem Sozialismus entgegen getaumelt.

Den ökonomischen Gesetzen entkommen können die Kapitalisten nicht, aber sie können internationale Konstellationen ausnutzen. In den 1960er Jahren wurden die ersten „Gastarbeiter“ ins Land geholt. (Sie konnten die ersten Strukturkrisen, die Anfang der 1970er Jahre nicht verhindern, sondern nur aufschieben.) Dann gab es die ersten Produktionsverlagerungen. Den Durchbruch in diese Richtung brachte Chinas Öffnung gegenüber westlichem Kapital unter Deng Xiaoping, wodurch in der Perspektive ein gigantisches Reservoir von Arbeitskräften zur Verfügung stand. (Später kam noch das Arbeitskräftepotenzial hinzu, das durch die Konterrevolutionen in Ost- und Südosteuropa unter das Kapital zusätzlich subsummiert werden konnte.)

Die zweite Reaktion auf die fallenden Profitraten war zum einen das Zurückfahren der produktiven Investition zugunsten von Investitionen in den Fi-

nanzsektor. 1960 wurde von den Profiten fast alles investiert, heute nur noch die Hälfte. Zum andern wurden neue Bereiche durch Privatisierungen für die Kapitalisierung erschlossen. Die erste Reaktion (Migration, Produktionsverlagerungen) bedeuten eine (relative) Erhöhung des Bevölkerungswachstums, die zweite eine Reduzierung der Investitionsrate; beides also Effekte, die eine Erhöhung der Profitrate befördern. In Zahlen: Die Profitrate sank von 15,6% im Jahr 1960 kontinuierlich bis auf gut 7% Anfang der 1980er Jahre. Komplementär dazu sank die Ausbeutungsrate von 66,3% im Jahr 1960 auf 30% im Jahr 1982.

Mit der Verlagerung der Produktion ins Ausland und dem damit erzeugten relativen Überfluss an Arbeiterpopulation wurden die Gewerkschaften objektiv geschwächt. (Hinzu kam die subjektive Schwächung durch die „Sozialpartnerschafts“-Ideologie.) Es konnte nun die klassische Methode der Erhöhung der Ausbeutungsrate greifen. Die Entwicklung der Lohnquote, ein ungefährer Anhaltspunkt für die Entwicklung der Ausbeutungsrate, zeigt ein Gefälle von ungefähr 75% Anfang der 1980er Jahre auf 66,3% im Jahr 2010. Das entspricht einer Erhöhung der Ausbeutungsrate um 50%. Ferner konnten Maßnahmen wie die Umwandlung von Staatseigentum in Kapital durch Privatisierungen, die „Verschlankung“ des Staates (Ausgaben für Soziales, Bildung, usw. sind vom Standpunkt des Kapitals Abzüge vom Profit), steuerliche Belastungen für die Arbeiterklasse und Entlastung für die Reichen, usw. durchgesetzt werden.



Profitratenverlauf in westlichen Ländern

Das Kapital in den entwickelten westlichen Industriestaaten konnte sich erfolgreich aus einer schwierigen Verwertungssituation winden. Schlagend ist der Verlauf der Profitratenentwicklung in diesen Ländern (ausgewählt wurden die

Niederlande, Frankreich, USA und Großbritannien). Was wir für die BRD beobachten konnten, finden wir auch hier wieder: Rückgang von ungefähr 1960 an mit Tiefpunkt Anfang der 1980er Jahre, danach der Aufstieg. Der Preis ist allerdings, dass sich die Widersprüche nun auf höherer Stufenleiter reproduzieren.

Hier zeigt sich die prognostische Kraft der vorgestellten Gleichgewichtsprofitrate: Die rote Kurve zeigt Gleichgewichtsprofitrate, die grüne den tatsächlichen Verlauf der Profitraten.

Der Rückgang der produktiven Investitionen zugunsten der Akkumulation von Finanztiteln hat dazu geführt, dass heute in den Finanzierungssalden die Nicht-Finanz-Unternehmen seit Anfang der 2000er Jahre als Netto-Kreditgeber und nicht mehr als Netto-Kreditnehmer der Banken ausgewiesen werden. D.h. ein immer größerer Teil des Mehrprodukts wird unproduktiv konsumiert. Die klassische Funktion der Banken, Einlagen einzusammeln, um sie für Investitionen zu kanalisieren, spielt nur noch eine geringe Rolle. In den klassischen kapitalistischen Ländern – in Deutschland aus hier nicht zu behandelnden Gründen weniger ausgeprägt – machen sich Tendenzen zur Deindustrialisierung breit. Großbritannien ist heute kein Industrieland mehr. Die Kehrseite dieser Medaille ist, dass die Fabrik des Weltkapitalismus heute in China steht. Insofern reflektiert die Finanz- und Wirtschaftskrise auch die neue weltweite Arbeitsteilung: Fabriken und Export in BRICS, Finanzen, Management und Dienstleistungen in der westlichen Welt. Und damit dürfte auch klar geworden sein, dass die Wirtschaftskrise eigentlich keine Weltwirtschaftskrise ist; die BRICS-Staaten sind weniger von ihr betroffen.

Kredit

Die fallenden Profitraten treibt die Kapitalisten - wie wir gesehen haben - dazu, den Profit unproduktiv zu konsumieren, weil das die Profitraten steigen lässt. Damit blähten sich die Kredite auf.

Kapital bzw. reale Ökonomie ist begrifflich strikt zu trennen vom Finanzsystem mit seinen Finanztiteln (Aktien, Anleihen, Schuldtiteln, usw.). Kapital ist Wert, geronnene Arbeit, Finanztitel sind Informationen; Marx nannte sie „fiktives“ Kapital. Es ist deshalb falsch zu sagen, dass Kapital ins Finanzsystem fließt. Finanzsystem ist ein Informationssystem, in dem Schulden und Kredit, die beim Kauf und Verkauf von Waren entstehen, eingetragen sind. Wenn Siemens 16 ICEs für 530 Mill. Euro verkauft, ist damit noch kein Warenaustausch vollzogen. Ein direkter Warenaustausch würde auch gar nicht funktionieren. Die Buchungseinträge in einem Finanzsystem können deshalb nicht deckungsgleich mit Warenaustausch sein. Marx wies bereits darauf hin, dass schon die einfache Bewegung W-G-W bereits die Möglichkeit von Krisen in sich trägt.

Finanztitel sind zwar kein Kapital, doch lassen sich mit ihnen qua Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates Ansprüche auf die Ergebnisse der gesellschaftlichen Arbeit erheben. (Schon Adam Smith sprach vom Geld als Macht, über die Arbeit anderer zu verfügen.)

Aus jedem Kredit lässt sich nach dem Ponzi-Schema theoretisch eine beliebige Geldmenge zaubern. Damit liegt auf der Hand, dass die in angehäuften Finanztiteln implizierten Ansprüche nichts zu tun haben mit der derzeit oder in ein paar Jahren vorhandenen geronnenen Arbeit. Der Schuldenstand in Deutschland war 2011 auf insgesamt 290 % des BIP angelaufen (Unternehmen 149%, private Haushalte 58%, Staatsschulden 83 % des BIP. BIP 2011: 2,5 Billionen

Euro), d. h. die gesamte Gesellschaft müsste fast drei Jahre arbeiten, um die Schulden abzutragen. Dennoch wird mit Hilfe des Klassenstaates versucht, die mit der Ausweitung der Kredite verbundenen Ansprüche auf fremde Arbeit um jeden Preis durchzusetzen. Da die wirklichen Werte allein in der lebendigen Arbeit der Arbeiter geschaffen werden und die industriellen Profitraten aber nicht mehr so viel hergeben, müssen die Arbeiter immer weiter ausgepresst werden.

Dies bedeutet eine weitere Einschränkung der Konsumtionsfähigkeit der Arbeiterklasse. Statt dessen fließt die geronnene Arbeit (reale Werte) in: - Produktion unproduktiver Militärgütern - Bau von Häusern und Produktion von Konsumgütern, die auf Kredit gekauft werden - Produktion von Luxusgütern und Bau von Anwesen für die Elite

So sehen wir, dass fiktives Kapital sich vermittels des Klassenstaates sehr realen Reichtum aneignet.

Veränderung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Kapitalistenklasse

Dieser Prozess hat zu einer Veränderung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Kapitalistenklasse in der westlichen Welt geführt. Die Besitzer von Finanztiteln sind heute eine einflussreiche, wenn nicht die dominierende Schicht.

Die Schätzungen sind unterschiedlich, doch unstrittig ist, dass der Anteil des Finanzsektors am Gesamtkapital enorm gewachsen ist. Das schöne am Spekulationsgewinn ist, dass es kein Nullsummenspiel ist, sondern in Hausse-Phasen, wo alle „Werte“ steigen, alle profitieren.

Wenn z. B. eine Aktiengesellschaft von einer Private-Equity-Gesellschaft („Heuschrecke“) übernommen wird, werden Dividenden (Profite) in zinstragendes Kapital umgewandelt (wie kürzlich bei uns bei WMF passiert). Die bisher größte solcher Transaktionen fand 2007 statt, als Energy Future Holdings (der größte Energieversorger Texas) für 34,2 Milliarden Euro an Private-Equity-Investoren über den Ladentisch ging.

Nach der Aufsehen erregenden Zürcher Studie („The network of global corporate control“) wird die Welt des Kapitals von 147 Konzernen dominiert. Unter den 50 größten sind 48 Finanzkonzerne.

Die Finanzkonzerne haben die Macht, reale Ökonomie global zu steuern, wenn wir an die Eintreibung von Zinsen und Tilgung bei den von der Pleite bedrohten Staaten der Peripherie-Länder Europas oder an die von us-amerikanischen und europäischen Finanzkonzernen hervorgerufene Zerstörung des Wirtschaftswunders der asiatischen „Tigerstaaten“ durch Währungsspekulation (Asienkrise 1997/99) denken.

Die Besitzer von Zins tragendem Kapital heißen klassischer Weise Rentiers; in diesem Sinne haben wir es heute (wieder) mit einem Rentier-Kapitalismus zu tun. Das Bild von der „Finanzaristokratie“ zeichnet die präzise historische Analogie: Eine parasitäre Schicht fordert vom Rest der Bevölkerung ihren Tribut ein, der nun nicht mehr in der sinnlich wahrnehmbaren Abgabe des Mehrproduktes an den Fürsten, sondern in Form von verdeckten Wertbewegungen vollzogen wird.

Rentiers und Industriekapitalisten können allerdings nicht schlecht miteinander leben, weil letztere selber Teil der Finanzoligarchie sind. Wer, wie VW-Chef Winterkorn, 17 Mio Euro im Jahr kassiert, kann ja gar nicht anders als in Finanztitel zu investieren.

Eurokrise

Mit dem Euro wurde in mehreren Ländern eine gemeinsame Währung ohne eine einheitliche Wirtschaftspolitik und insbesondere ohne ein einheitliches Steuersystem eingeführt. Freund und Feind sind sich einig, dass das ein Irrsinn ist, weil es für Länder mit geringerer Arbeitsproduktivität keinen Ausgleich gibt (wie etwa beim Finanzausgleich der Länder innerhalb der BRD) und sie keine Möglichkeit haben, sich gegen die Konkurrenz der ausländischen Kapitale mit höherer Produktivität zu schützen. Doch es gibt Nutznießer dieses von ihnen so gewollten Irrsinns, der größte ist die deutschen Monopole. Sie verfolgten am entschiedensten das Projekt eines einheitlichen Binnenmarktes und des Euro, um ihre Herrschaftsstrategie in Europa (und darüber hinaus) durchzusetzen. Das Kalkül war, dass sich in einem solcherart konstruierten Binnenmarkt die produktiveren Volkswirtschaften durchsetzen werden. Ihre Waren überfluten die Peripherie-Länder und erzeugte bei jenen einen Handelsbilanzdefizit und für Deutschland den weltweit größten Handelsbilanzüberschuss. Für die Arbeiterklasse unter kapitalistischen Bedingungen ist weder ein Überschuss noch ein Defizit gut. Überschuss bedeutet: Die Arbeiter produzieren mehr Waren, die woanders konsumiert werden als sie Waren konsumieren, die woanders produziert werden. Der Überschuss bildet den Kredit der Kapitalisten an die Schuldnerländer bzw. wird für Kapitalexport genutzt. In den Schuldnerländern wird die heimische Produktion gedämpft mit sozialen Folgen, die indirekt auf den Staatshaushalt drücken. Die Auslandsschulden werden häufig durch Staatsanleihen bezahlt, die von ausländischen Kapitalisten gehalten werden. Eine solche Entwicklung hat sich in Ländern wie Griechenland und Spanien abgespielt.

Hohe Staatsschulden müssen kein großes Problem sein (USA, Japan), sie sind insbesondere dann kein großes Problem, wenn sie auf innerer Verschuldung beruhen. Gegenüber den Gläubigern im eigenen Land könnte der Staat sein Gewaltmonopol einsetzen: Steuererhöhungen, Verlängerung von Darlehen, usw. Gegenüber den Auslandsschulden greift das nicht. Spanien z. B. hat eine geringere Staatsverschuldungsquote als die BRD, aber die Hälfte der spanischen Anleihen werden vom Ausland gehalten, und deren Zinsen sind nicht zu kontrollieren. Staatsschulden werden erst dann ein Problem, wenn die Gefahr entsteht, dass sie nicht mehr bedient werden können und dann das Bankensystem zu kollabieren droht.

Nun haben sich die Schulden so angehäuft, dass die Banken Angst haben, dass die Kredite nicht mehr bedient werden können. Folglich zwingen sie über ihren politischen Arm, die Regierungen, die Peripherie-Länder dazu, aus dem Staatshaushalt nicht mehr Gehälter, Soziales und Infrastruktur zu bezahlen, sondern dafür die Schulden abzubauen. Der heimischen Bourgeoisie ist das Recht, können sie doch dadurch die Ausbeutungsrate steigern und vom Abbau sozialer Rechte der Arbeiter profitieren.

Die Diskrepanz zwischen den aus den Finanztiteln gestellten exponentiell ansteigenden Ansprüchen auf die Früchte der gesellschaftlichen Arbeit und der (nahezu) stagnierenden arbeitenden Bevölkerung bildet auch den Kern der Eurokrise.

Konsequenzen

1. Die hauptsächlichen Ausweichmanöver, um dem GTFPR zu entkommen - Nutzung des Arbeiterpotenzials vor allem in Ostasien und Osteuropa, Erhöhung der Ausbeutungsrate, die „innere Landnahme“ schränken die Handlungsoptionen des Kapitals ein, wenngleich ihre Potenziale noch nicht erschöpft sind. Die Proletarisierung der chinesischen Bauernmassen wird vielleicht in 15 Jahren abgeschlossen sein; von der Abwertung der Arbeitskraft werden vermutlich als nächstes Teile der hoch qualifizierten technischen Intelligenz betroffen sein (Neue perfide Auspressungsmethoden wie Crowdsourcing deuten darauf hin); auch die Privatisierung öffentlicher Güter ist noch nicht abgeschlossen. Aber Spielraum für Reformen im Interesse der Arbeiterklasse gibt es nicht mehr. Das seit den 1970er Jahren sich entwickelnde Akkumulationsmodell - gemeinhin auch „Neoliberalismus“ genannt - ist nicht willkürliche Politik, sondern durch die Verwertungslage erzwungen. Diese Zwangslage lässt eine Zwischenetappe auf dem Weg zum Kommunismus, die antimonopolistische Demokratie, unwahrscheinlich werden (gleichwohl der Aufbau einer antimonopolistischen Abwehrfront natürlich unabweisbar ist).

2. Die dargelegte Akkumulationskrise bzw. die Veränderungen in der Kapitalistenklasse legen einen für die Arbeiterklasse günstigen strategischen Ansatzpunkt für den Angriff auf die bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse nahe. Ein Ansatzpunkt, der ein ökonomischer ist, aber darüber hinausweist, ist ein radikaler Schuldenschnitt.

Eine allgemeine Schuldenamnestie könnte man auf eine bestimmte Einlagenhöhe begrenzen. (Heute sind 100.000 Euro pro Person garantiert.) Getroffen würde die dominierende Schicht der Rentiers, während die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ungeschoren bliebe. Rentiereinkommen ist schwerer zu legitimieren als Profite der industriellen Unternehmer. Kapitalistische Marktwirtschaft steht noch ziemlich unangefochten da. Es wäre eine antimonopolistische, aber natürlich noch keine antikapitalistische Maßnahme. Banken würden paradoxer Weise wieder liquide. Ihre Verbindlichkeiten ständen in einem vernünftigen Verhältnis zu ihrem Geldmittelbestand. Die Industrie wird kaum beeinträchtigt (außer z. B. Luxusgüterproduktion) und bleibt weiterhin privat organisiert. Ob die Kapitalisten allerdings Lust haben, sich mit geringeren Profitraten zu begnügen (VW z. B. fährt 60 % seiner Gewinne über „Finanzdienstleistungen“ ein), steht auf einem anderen Blatt. Der Druck in Richtung zukünftiger Produktionsweise würde wachsen.

Wird auch diese Krise zum Jungbrunnen des Kapitalismus?

Die gegenwärtige Krise ist in ihren Ausmaßen mit denjenigen von 1929 und 1873 zu vergleichen. Beide Male erfolgte eine Erneuerung des Kapitalismus. Nach der Krise 1873 kam der Imperialismus, nach 1929 der staatsmonopolistische Kapitalismus mit verschiedenen Varianten. Wird es auch diesmal eine Erneuerung geben?

Die oben beschriebenen Prozesse sind vergleichbar mit denjenigen am Ende des 19. Jahrhunderts vor allem in der damals führenden kapitalistischen Macht Großbritannien. Dort war die Migration vom Land in die Stadt nahezu abgeschlossen. Der bis dahin sprudelnde Zufluss neuer Arbeitskräfte hatte dem Kapitalismus eine „Belle Epoque“ mit hohen Profitraten beschert, auf der anderen

Seite bildeten sich aber auch gut organisierte Gewerkschaften heraus. Die mit der Absorption der Landarbeitermassen einhergehenden fallenden Profitraten führten auch hier zu niedrigen Investitionsraten und zur Stärkung der Rentierklasse. Der demographische Ausweg bestand in Investitionen in den Kolonien des Empires, was die organische Zusammensetzung des Kapitals niedrig hielt und eine stärkere Ausbeutung der heimischen Arbeiterklasse bedeutete.

Heute befindet sich China in einer Akkumulationsphase, die mit der Nachkriegsentwicklung bei uns vergleichbar ist. Aber: Wenn die Proletarisierung der Landbevölkerung abgeschlossen ist, stehen China weder der Ausweg des britischen Empire noch der imperialistischen Mächte heute zur Verfügung. Es bliebe nur Afrika und das wird nicht reichen. Wenn es denn soweit ist, in vielleicht 15 Jahren, hätte die Arbeiterklasse weltweit objektiv die besseren Karten. Aber so lange können wir nicht warten. Aufgabe der Kommunisten bleibt, als „Hebammen der Geschichte“ die Frist zu verkürzen.

Wichtige Quellen:

EMMANUEL FARJOUN & MOSHÉ MACHOVER (1983), *Laws of Chaos. A Probabilistic Approach to Political Economy*, London: Verso
PAUL COCKSHOTT & DAVID ZACHARIAH (2013) , Conservation laws, financial entropy and the Eurozone crisis, www.economics-ejournal.org/economics/discussionpapers/2013-36
PAUL COCKSHOTT, ALLIN COTTRELL & TAMERLAN TAJADDINOV (2009), A new attractor for the rate of profit, users.wfu.edu/cottrell/profitrate.pdf